

# SO sehen wir es

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
Druck: Brühwiler AG, Horgen  
Erscheint sechsmal jährlich  
Preis: Einzelnummer Fr. 3.-, Jahresabonnement Fr. 12.-  
Nummer 1/91 Februar 1991

**SP**

## Die Schweiz bewegt sich wieder

Nach langjähriger Stagnation bewegt sich in der Schweiz wieder einiges. Eine Euro-Initiative, ein SPS EURO-Manifest, und jetzt noch ein Parlament, das Strukturänderungen verlangt.

Nach der EURO-Initiative nun auch noch ein SPS EURO-Manifest? Ist das nötig? Ja sicher, denn das Manifest ist keine bedingungslose Zusage an die EG-Strukturen, sondern stellt verschiedene Forderungen, wie z.B. Ratifizierung der Sozial-Charta, Ausnahmen im Energie- und Transportsektor. Gerade deshalb aber ist dies Mitarbeit an einem zukünftigen Europa und damit auch sehr erfreulich.

Ebenso erfreulich sind die Vorstösse des Parlaments in Sachen Erweiterung und Änderung der Regierungsstrukturen. Wie auch immer neue Strukturen aussehen werden, wie auch immer neue Posten benannt werden sollen, sicher ist, dass die vielen laufenden Probleme nicht mehr nur von unseren Bundesräten behandelt werden können. Diese können auch nicht an jeder notwendigen Sitzung in Brüssel, Strassburg oder wo auch immer, anwesend sein und regieren und informieren. Gerade aber Information täte uns not. Nicht mehr die geheimen, diplomatischen Kanäle. Information über alle

laufenden Gespräche, sodass wir auch mitdenken, mitreden können.

1991 fängt in Bezug auf das Verhältnis Schweiz Europa erfreulich an und ist damit ein zukunftsweisender Beitrag an un-

ser Jubiläum. Richtig so: keine pfannenfertigen EG-Lösungen abwarten! Unsere Probleme sind auch diejenigen Europas und sicher diejenigen der EG-Gemeinschaft, tragen wir sie mit. VB

### Das Fähnlein der «echten» Demokraten

Mit dem Argument «Verlust von Volksrechten» setzen sich viele Politikerinnen und Politiker gegen einen allfälligen Beitritt der Schweiz zur EG ein. Nun ist bekannt, dass ein Drittel der Bundesbestimmungen dem EG-Recht unterliegen würde, also darüber vom Volk nicht abgestimmt werden könnte. Auf dem grossen Rest könnte die Demokratie weiterhin im bisherigen Rahmen funktionieren. Und auf kantonaler Ebene bleibt die direkte Selbstbestimmung intakt.

Sicher, jeder Verlust an Demokratie ist zu bedauern. Stutzig werde ich allerdings angesichts der Personen, die diesen möglichen «Souveränitätsverlust» so bedauern und sich so für die «direkte Demokratie» in die Bresche schlagen. Unter dem Fähnlein der echten Demokraten finden sich Leute wieder, die sich vor nicht allzu langer Zeit zum Beispiel gegen «mehr Demokratie im Strassenbau» einsetzten und von Verwesentlichung der Demokratie sprechen, sich für die Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referendum stark machten. Einerseits beklagen sie den möglichen Verlust von Demokratie, finden andererseits aber nichts dabei, wenn unbescholtene Bürgerinnen und Bürger, die abweichende Meinungen mit demokratischen Mitteln vertreten, jahrzehntelang überwacht und beschnüffelt werden.

Niemand von diesen Superdemokraten stösst sich ferner daran, dass wir Schweizer Bürgerinnen und Bürger über jede - auch unbestrittene - Gesetzesvorlage abstimmen, jede Trottoirbauab-

rechnung an der Gemeindeversammlung abnehmen müssen, aber zu so wesentlichen Fragen wie zur Standortbewilligung eines Atomkraftwerkes nichts zu sagen haben. Im Gegenteil, sie wehren sich gegen entsprechende Verfassungsänderungen und haben keinerlei Verständnis, wenn Bürgerinnen und Bürger mangels Mitsprachemöglichkeiten zu Besetzungsaktionen greifen (z.B. Kaiseraugst oder Neuchlen-Anschwilen).

Seltsam auch, dass diese «Demokraten», unter denen sich auch sogenannte «Wirtschaftskapitäne» finden, bis jetzt nie das Fehlen von Demokratie in der Wirtschaft festgestellt und zumindest bedauert haben. Im Gegenteil: Auf das Wort «Mitbestimmung» wurde und wird immer noch mit Abwehr reagiert. Dabei wäre es mindestens so wichtig und gerecht, dass die Menschen dort mitentscheiden können, wo sie einen Drittel ihrer aktiven Lebenszeit verbringen: am Arbeitsplatz. Werktätig erbringen Frauen und Männer hier Leistungen und stellen ihre Erfahrungen und ihr Wissen dem Betrieb zur Verfügung, ohne dessen Gegenwart oder Zukunft beeinflussen zu können. Vorhandene, lobenswerte Ausnahmen sind in der politisch so demokratischen Schweiz noch die Regel. Deshalb aufgepasst, wenn jemand das Fähnlein der Demokratie in die Höhe hält. Es könnte der Wolf im Schafspelz sein, der seinen eigenen Einfluss - zum Beispiel in Bern - schwinden sieht.

Hermann Koch

# Eidgenössische Volksabstimmung: Zweimal Ja!

## Ja zum Stimmrecht mit 18

Wir setzen unsere Hoffnungen auf eine verheissungsvolle Zukunft. In einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, welche haushälterisch mit den natürlichen Ressourcen umgeht und den erworbenen Wohlstand mit den weniger privilegierten Menschen unserer Erde zu teilen gewillt ist, sehen wir ein grosses Ziel. Doch wer könnte sorgfältiger mit der Zukunft umgehen als jemand, der diese Zukunft auch selber erleben wird?

Wir Sozialdemokraten vertrauen unserer Jugend und zählen auf sie. Deshalb glauben wir, dass die Zeit zur Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters mit 18 Jahren mehr als reif ist. Denn manche junge Frau und mancher junge Mann geht nicht nur auf technische, sondern auch auf gesellschaftliche Herausforderungen weit offener zu, als es die bisher Stimmberechtigten über 20 Jahren vermögen. Und kreative Ansätze zur Lösung der enormen Probleme unserer Zeit sind weiss Gott nötiger denn je! «Junge» Ideen muss sich unsere Gesellschaft unbedingt zunutze machen, will sie in einer sich immer rascher wandelnden Umwelt bestehen. Dies umso mehr, als der Anteil der Senioren in unserem Staat immer grösser wird.

Verschafft den 18jährigen auch auf Bundesebene das allgemeine Stimm- und Wahlrecht - stimmt JA.

## JA zur «SBB-Initiative»

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs soll als Aufgabe des Bundes in die Verfassung geschrieben werden. Dies verlangt die LDU-Initiative aus dem Jahr 1986. Dass seither viel passiert ist - Bahn 2000, Verkehrsverbund, Halbtaxabo - ist unbestritten. Keinesfalls darf dieses Argument aber gegen die «SBB-Initiative» verwendet werden. Denn nach wie vor sind die Spiesse des öffentlichen und privaten Verkehrs ungleich lang. Denken wir an die enormen Summen, welche aus dem allgemeinen Steuergeldtopf in den Strassenbau und -unterhalt geschüttet werden. Denken wir auch an die bürgerliche Beharrlichkeit in der Ablehnung aller Vorlagen, die auf eine Besserstellung des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr hinauslaufen.

Die Initiative will nun den Bund auf die konsequente Privilegierung der Schiene gegenüber der Strasse festlegen. Ein absolutes Muss angesichts der

Lastwagenlawine, welche sich im EWR und in der EG 92 noch vermehrt auf die Alpentransitachse ergiessen wird. Das für geeignete Massnahmen benötigte Geld wird sich der Bund aus einem Drittel der Treibstoffzölle und zwei Dritteln des Benzinollzuschlages beschaffen. Welch ein Affront für die Autolobby, welche lieber noch weitere

Tunnelröhren und Autobahnen ziehen möchte. Obwohl das Nationalstrassennetz ja in absehbarer Zeit fertiggebaut werden wird.

Deshalb ein kräftiges JA für den öffentlichen Verkehr- und für unsere Umwelt!

JG

## Kantonale Volksabstimmungsvorlagen: Viermal Ja!

### Ja zum Unterrichtsgesetz

Neu sollen auch die Assistenten, Lehrbeauftragten und Studierenden ein wenig mitbestimmen dürfen. Vor allem wenn es um die Berufung neuer Professoren geht, soll den «Konsumentinnen und Konsumenten» von Wissen und Methoden ein minimaler Einfluss eingeräumt werden.

In der Vergangenheit hatten sich an dieser Frage immer wieder die Gemüter erhitzt, weil die Studentinnen und Studenten fast regelmässig die Wunschkandidaten des universitären Establishments vorgesezt bekamen. Oftmals wurden bestqualifizierte und didaktisch geschickte Universitätslehrer abgelehnt, weil sie offenbar zu links, zu unkonventionell oder eben weiblich waren. Diese Änderung ist wirklich an der Zeit...

### Ja zum Jugendhilfegesetz

Diese Neuerung in der Sozialpolitik trägt einem dringenden Bedürfnis Rechnung, das im Zuge des gesellschaftlichen Wandels immer grösser geworden ist. Wer sich der Erziehung und Pflege seiner Kinder widmen möchte, dazu aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage ist, wird vom Staat unterstützt. AlleinerzieherInnen, die maximal 50% arbeiten, und Elternpaare, die gemeinsam höchstens eineinhalb, mindestens aber ein volles Arbeitspensum bewältigen, erhalten einen Rechtsanspruch auf Beiträge.

Diese betragen maximal Fr. 2000.- im Monat und sind auf die ersten beiden Lebensjahre des Kindes - die entwicklungspsychologisch wichtigste Phase des Lebens - befristet. Die auszahlen Stellen sind nicht die Fürsorgebehörden, sondern die Jugendsekretariate. Der Bezug eines Unterstützungsbeitrags ist also nicht an einen «Bittgang» zur Behörde geknüpft, sondern

verlangt nur die Geltendmachung eines Rechtsanspruches.

### Ja zum Gerichtsverfassungsgesetz

Die Revision dieses Gesetzes setzt generell das zweistufige Gerichtsverfahren durch. Neu wäre also die Möglichkeit, jeden Straffall an eine weitere Instanz weiterziehen zu können. Ausgenommen bleiben auch weiterhin diejenigen Fälle, die dem Geschworenengericht zugewiesen werden, also Tötungsdelikte und Verbrechen, die das Leben des Opfers gefährdeten. Neues Personal an den Bezirksgerichten wird dadurch nötig werden, doch wird durch die Reform ein rechtsstaatlich unbefriedigender Zustand beendet.

Frauen wird besonders freuen, dass bei Sittlichkeitsdelikten jedes Gericht aus weiblichen und männlichen Richtern zusammengesetzt sein muss. Ferner darf die Öffentlichkeit vom Prozess ausgeschlossen werden, wenn es um die Interessenwahrung des Opfers geht. Der Sensationsgier wird ein Riegel geschoben.

### Ja zum Gesetz über Leistungen an Arbeitslose

Wenn jemand von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert ist, bekommt er oder sie während 90 Tagen vom Kanton Arbeitslosenhilfe. Das entsprechende Gesetz muss an die eidgenössischen Regelungen angepasst werden.

Materiell ändert sich kaum etwas. Immerhin ist eine kleine Verbesserung für alle über 55jährigen Menschen vorgesehen. Neu sollen sie in Zukunft gleich viel Arbeitslosenhilfe bekommen wie vorher Arbeitslosengelder. Bisher erhielten sie nämlich nur 90% der Arbeitslosengelder als Arbeitslosenhilfe.

JG

# Gemeinde-Abstimmung vom 3. März 1991

## Ja zur Umgestaltung der Oberdorfstrasse

Um die Unfallgefahr auf der vielbegangenen Oberdorfstrasse zu verringern, wurde 1986 der Einbahnverkehr eingeführt. Seither passieren weniger Autos diese Strasse. Soweit hat sich die Einbahnregelung also bewährt. Die Automobilisten, welche die breite, gerade Oberdorfstrasse befahren, werden aber durch die heutige (Nicht-) Gestaltung dieser Strasse zu schneller Fahrt bewogen. Zu allzu schneller Fahrt, wenn wir bedenken, wieviele Menschen, junge und alte, flinke und langsame, während der Ladenöffnungszeiten diese Strasse überschreiten!

Nach der Realisierung der vorgeschlagenen Umgestaltung werden nicht weniger Autos die Oberdorfstrasse befahren, aber der Verkehrsfluss wird verlangsamt sein. Für den einzelnen Automobilisten ein «Zeitverlust» weniger Sekunden, für alle Fussgängerinnen und Fussgänger ein Gewinn an Sicherheit. Die klare Gliederung des Strassenraumes durch unterschiedliche Beläge (Velostreifen) und die Verhinderung von unorganisierter Trottoirparkierung durch eindeutig markierte Parkfelder auf der heutigen Fahrbahn, tragen weiter zur höheren Sicherheit aller Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrerinnen und Velofahrer bei. Es geht aber auch um die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtzentrum! Ein mit Bäumen begrünter Strassenraum wirkt weniger abweisend, ist lärmgedämpft und lädt eher zum Verweilen ein.

Aus diesem Grunde beschloss der Gemeinderat mit grossem Mehr die Umgestaltung der Oberdorfstrasse. Unter dem Vorwand, der im Zusammenhang mit diversen Bauvorhaben links und rechts der Oberdorfstrasse zu erwartende Werkverkehr würde zu stark behindert und der neue Strassenbelag durch die schweren Lastwagen wieder zerstört, wurde das Behördenreferendum gegen diesen Beschluss eingereicht. Fragt sich nur, wer vor welcher Behinderung geschützt werden muss? Fussgänger, ältere Menschen und Kinder vor schnellen Autos und schweren Lastwagen oder die Lastwagenchaufture

und Automobilisten vor den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Verkehrssicherheit. In Tat und Wahrheit geht es den Gegnern der Umgestaltung der Oberdorfstrasse darum, die **Fahrbahnkapazität** dieser Strasse zu erhalten, damit die Oberdorfstrasse später wieder im Gegenverkehr als Zubringer zu den diversen geplanten Parkhäusern dienen könnte.

## Beitritt der Stadt Wädenswil zum Zweckverband «Zivilschutz-Ausbildungsregion 8 Zimmerberg» und Genehmigung des Zweckverbandsvertrages: Nein!

Die Zielsetzungen von Armee und Zivilschutz werden zur Zeit auf Bundesebene im Rahmen des Armeeleitbildes 1995 überarbeitet. Es ist fragwürdig und verfrüht, während dieser Phase des Umbruchs an die Planung von weiteren Ausbildungszentren zu denken, welche ja auch immer mit grösseren finanziellen Verpflichtungen verbunden sind. Bevor die Ergebnisse und neuen Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Armeeleitbild '95 vorliegen, denken wir nicht daran, die Gemeindeautonomie einzuschränken und die Kompetenzen an einen undemokratisch aufgebauten Zivilschutz-Zweckverband abzutreten.

Erinnern wir uns daran, dass die Wädenswiler Stimmberechtigten vor einigen Jahren bereits NEIN gesagt haben zu einem solchen Ausbildungszentrum im Grossholz.

Der Verdacht liegt nahe, dass mit dem Zweckverbandsvertrag versucht wird, neben der Gemeindeautonomie auch die demokratischen Rechte des einzelnen Bürgers einzuschränken und sie an ein kleines, unparitätisch zusammengesetztes Gremium abzugeben.

Mit dem vorwurfsvollen Hinweis, dass der Bezirk Horgen als einzige Region im Kanton Zürich noch über kein Ausbildungszentrum verfüge, fordert man uns auf, unseren Verpflichtungen nachzukommen - alles unter dem

Die SP ist für die Umgestaltung der Oberdorfstrasse

- weil es sich dabei um ein durchdachtes und breit abgestütztes, gutes Projekt handelt;
- weil wir für mehr Sicherheit und Lebensqualität im Zentrum sind;
- weil wir uns kein X für ein U vormachen lassen!

Julia Gerber Rüegg, Präsidentin der Raumplanungskommission

Deckmantel des Solidaritätsgedankens. Dies zeigt deutlich, dass der Regierungsrat und vor allem bürgerliche Kreise nicht im Stande sind, das Missbehagen eines grossen Teiles der Bevölkerung wahrzunehmen und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Nein, stur wählt man den Weg des geringsten Widerstandes, um die überholten Kredite und Auffassungen in einem letzten Anlauf doch noch durchzuboxen. Zum heutigen Zeitpunkt ein Zivilschutz-Ausbildungszentrum zu planen wäre ganz nach dem Motto: Zuerst handeln, dann denken. Lassen Sie sich nicht beirren durch die Vernebelungs-Taktik des Zivilschützer-Clans und stimmen Sie NEIN zu dieser Vorlage.

Beat Padlina, Mitglied der GPK-Kommission des Gemeinderates



## In den Kantonsrat

---



### **Julia Gerber Rüegg**

**Wer kennt sie nicht. Die unermüdliche Kämpferin in der Gemeinde. Für Gerechtigkeit. Für die Gleichstellung der Frauen.**

## **In den Kantonsrat**

---



### **Rolf Kurath**

**Bestens bekannt in SP und Gewerkschaft.  
Seit einem Jahr in Wädenswil. Links-Grün  
bei uns schon stark hervorgetreten.  
Begabter Jurist.**

## Voranzeige

Am 24. Januar 1991 haben die Mitglieder in einer Parteiversammlung fast einstimmig beschlossen, bald eine Parteiversammlung zu folgendem Thema zu veranstalten:

Politische Kultur, Loyalität, Verhältnis unserer Behördemitglieder zur Partei.

Es geht dabei vorrangig um die Frage, inwieweit unsere Behördenmitglieder in die Parteidisziplin eingebunden werden sollen.

Behördemitglieder können rechtlich in den Räten Ansichten vertreten, die der Parteimeinung entgegenlaufen. Das geht m.E. in Ordnung, solange die Basis nicht an einer konsultativen Versammlung darüber beraten und abgestimmt hat. Entscheidet sich jedoch die Mitgliederversammlung für ein Geschäft, dann gehört es zur politischen Kultur, dass ihre Abgeordneten, die auf dem Parteiticket gewählten Räte, in diesem Sinne handeln. Mir ist es nun wirklich zu blöde, einen ganzen Abend zu diskutieren, abzuwägen und abzustimmen, wenn dann unser Beschluss nicht in die Behörden getragen wird. Dann fühle ich mich richtig veralbert.

Vor einem Jahr, anlässlich einer sehr engagierten Versammlung über die Initiative zur Abschaffung der Armee. Das Abstimmungsergebnis eindeutig. Da waren besonders unsere jungen Mitglieder konsterniert zu erfahren, dass unsere beiden Abgeordneten am Parteitag dennoch für ein «ja» oder «nein» nach eigenem Gutdünken stimmen durften. Das macht unsere Versammlungen nicht attraktiver. Unsere Mitglieder nicht engagierter.

Wir bitten Euch, denkt darüber nach und vertretet Eure Meinung an o.e. Versammlung. HS

## Die Gnade der Einfalt unserer hohen Militärs

Die vielen Monate vor dem Eingreifen der alliierten Truppen im Golf, haben die «Weisen in Feldgrau» von einem sehr kurzen Krieg gesprochen. Von einem «sauberen, chirurgischen Eingriff». Bei Drucklegung dieser Zeilen zeichnet sich ein langer, äusserst blutiger Krieg ab. Dürfen wir an der Weisheit und dem Wissen dieser Köpfe zweifeln? Die doch so viel Gold auf dem Haupte tragen. HS

## Dezentrale Drogenhilfe - ein Anliegen

Es mehren sich Vorträge, Veranstaltungen, Inserate gegen die projektierte dezentrale Drogenhilfe. Die SP wehrt sich gegen eine vorschnelle Verurteilung des Projekts und gegen repressive Haltung.

Es ist auffällig, wie sich in den Tageszeitungen, auch der Anzeiger ist nicht ausgeschlossen, die ganz- und halbseitigen Inserate des VPM mehren. VPM - das sind Anhänger der Lehre Lieblings. Wer diese Gruppierung nicht kennt, kann alles nachlesen im Buch von Eugen Sorg : Lieblingsgeschichte. Soeben wieder aufgelegt.

Der VPM nimmt eine repressive Haltung ein gegenüber Hilfe bei Drogensüchtigen und Aids-Kranken, ist für Druckausübung und versucht, ohne übrigens seinen Namen gross bekannt zu machen, vielfach in Schulen an Einfluss zu gewinnen.

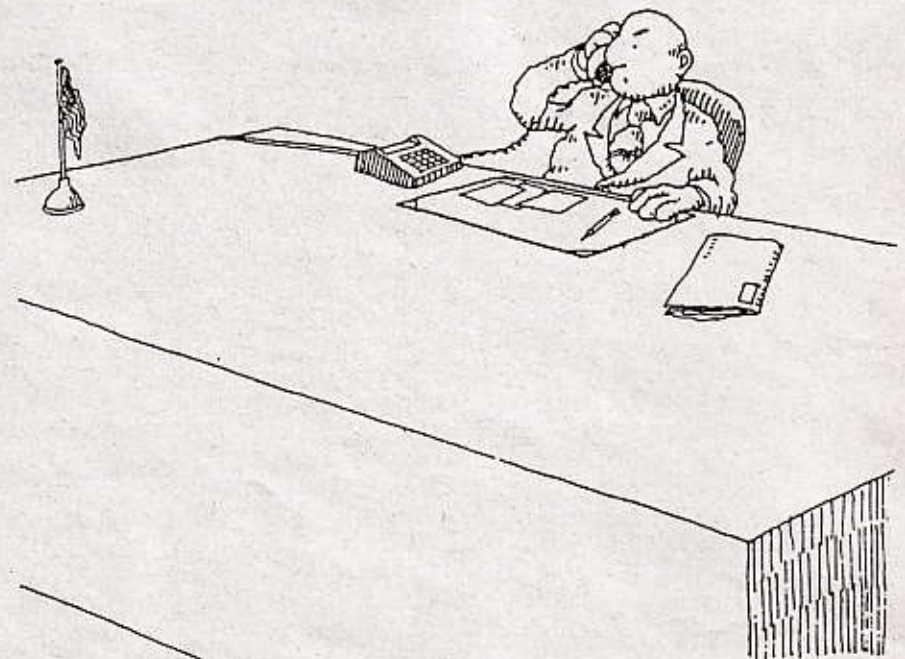
Dieselbe repressive Haltung war auch an einem Vortrag, im Glärnischschulhaus im Rahmen der SVP gehalten,

herauszuhören. Ob das nun Zufall ist oder nicht, auch dort waren die Referenten für Druckausübung, obwohl gemäss ihren eigenen Angaben die Erfolgsquote bei nur einem Drittel geheilter Drogensüchtiger liegt. Das dürfte ja wohl auch mit Druck nicht ändern.

Die dezentrale Drogenhilfe ist keine Verteilerzentrale von Drogen, sondern eine Auffangstation, in welcher Süchtige als Mitmenschen empfangen werden. Hier sollen sie vorerst durch Abgabe von Drogen von der Jagd nach Beschaffung derselben erlöst werden. Damit ist keine Kriminalität und keine Prostitution mehr notwendig (weniger Aids-Infektionen). Erst dann ist eine sinnvolle Therapie möglich. Arbeitsinsatz, Gespräche, Hinführung zu einer freiwilligen Entzugstherapie.

Versuchen wir es doch mit der dezentralen Drogenhilfe. Dieser Weg ist zwar neu, aber er scheint uns weitaus menschenwürdiger denn Repression.

VB



„Hört zu, Jungs! Entweder ihr seid bis Donnerstag eine Demokratie oder wir bombardieren euch platt!“

# AVO - ein grosser Schritt zu einer besseren Oberstufe ?

Unsere Parteiversammlung vom 29. November 1990

Dr. Lutz Oertel, Projektleiter AVO (Abteilungsübergreifende Versuche an der Oberstufe) bei der Pädagogischen Abteilung der Erziehungsdirektion, hat uns die Entwicklung geschildert und die Vorteile dieses Schulsystems nahegelegt. Nach der Primarschule wird die Oberstufe nicht mehr dreiteilig geführt. An deren Stelle treten die Stammklassen «G» (grundlegende Anforderungen) und «H» (höhere Anforderungen), verbunden mit Niveaugruppen in Französisch und Mathematik. D.h., ein Schüler kann nach seinen Möglichkeiten in der Stammklasse «G» eingeteilt sein, seinen Fähigkeiten entsprechend auch im Französisch der Klasse «G» angehören. In Mathematik jedoch in die Klasse «H» kommen. Jede Mischung in diesen drei Stufen ist möglich.

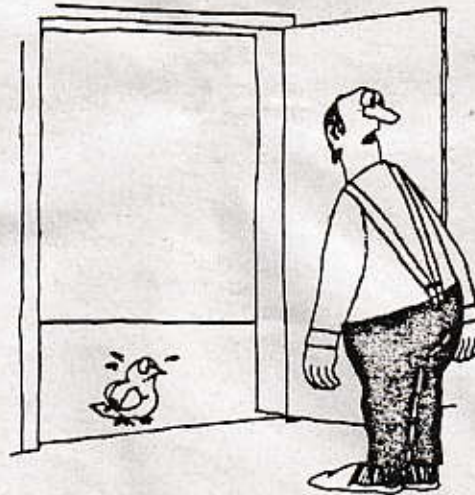
Auf diese Weise werden die Kinder nicht mehr in handwerklich begabte und intellektuelle unterteilt. Sie besuchen das gleiche Schulhaus. Das gibt ihnen ein gewisses Solidaritätsgefühl mit ihrem Jahrgang. Auch der Selektionsdruck, beim Übertritt in die Oberstufe, ist vermindert. Es kann laufend bei den Klassenzuteilungen korrigiert werden. Die Schüler werden nicht mehr mit Noten bewertet, sondern es werden in Gesprächen - Lehrer, Eltern, Kind - die Leistungen erwogen und in Worten ausgedrückt. Ausnahme: Qualifikation Mittelschule.

Peter Burkhard, Sekundarlehrer, Meilen, berichtete über seine positiven Erfahrungen im AVO-Alltag.

Die anschliessende Diskussionsrunde wurde rege benutzt. Dabei zeigten sich mehrere Redner skeptisch. Peter Walt befürchtet eine Besserstellung der sozial Bevorzugten, die in eine Mittelschule ausweichen. Patrick Stark sieht beim AVO eine Entwicklung in Richtung des englischen oder amerikanischen Schulsystems voraus. Dort ist der öffentliche Unterricht so verkommen, dass jeder, der es sich leisten kann, oder auch nicht, in die privaten Schulen ausweichen muss.

Mich dünkt eher, hier wird mit grossem Aufwand «alter Wein in neuen Schläuchen» angeboten. Steht im Leistungsausweis eine «vier» oder «genügend», mit zwei schmückenden Adjektiven, was bringt's? Warum werden nur Französisch und Mathematik als Niveaufächer geführt? Meiner Ansicht nach wäre «Deutsch» wichtiger. Hängt doch die gesamte Beurteilung eines

Schülers stark davon ab, wie er sich in seiner Sprache ausdrücken kann. Wer als Gesprächsleiter gewesen. Er hat es bewertet den Schüler, wenn sich beim Eltern-Lehrer-Gespräch die Parteien im Gange zu halten, ohne viel einzugreifen. HS



„Putz ist wieder da!“

## Parteiversammlung vom 24. Januar 1991

### Initiative «Mitenand läbe - mitenand stimme»

Zu dieser Parteiversammlung haben wir die kompetente Marianne de Meistras, Präsidentin des Initiativkomitees, als Referentin eingeladen. Sie hat uns am Anfang dargelegt, wie es dazu gekommen ist, dass die Ausländer überhaupt bei uns sind. Wie die Industrie sie als preiswerte Arbeitskräfte angeworben hat. Wo sie billiger als kostspielige Maschinen gewesen sind. Als jedoch die Maschinen billiger wurden, konnte man die meist ungelerten Fremdarbeiterinnen- und arbeiter zuerst entlassen und, ohne Sozialkostenfolgen, wieder in ihre Heimat verfrachten.

Die Initiative verlangt: Gemeinden des Kantons Zürich können Ausländern, die dort Wohnsitz haben und seit fünf Jahren die Niederlassung besitzen, die politischen Rechte in Gemeindeangelegenheiten erteilen. Also kein automatisches Stimmrecht.

Es geht hier um ein Recht, wie es in den meisten Ländern der zivilisierten Welt weit ausgedehnter den Fremden zugestanden wird, wie z.B. Recht auf Einbürgerung nach fünf Jahren, automatisches Bürgerrecht bei der Geburt im Lande.

Die anwesenden Ausländer haben in dieser Versammlung klar ihre Ansich-

ten dargelegt und präzise auf die gestellten Fragen geantwortet. Warum sollen sie bei politischen Angelegenheiten nicht mitsprechen dürfen? Anmöglichen, die sie unmittelbar angehen. Von denen sie nach ihrer Anwesenheit in der Gemeinde auch viel verstehen. Die Pflichten erlässt man ihnen nicht (Steuern, Zivildienst, Feuerwehr u.s.w.).

Wo es noch hapert: Wir brauchen noch viele Unterschriften, um die Initiative einzureichen. Wir rufen deshalb alle auf. Kommt am Sonntag, den 3. März, 10.00 Uhr, vor das Wahllokal im Eidmattschulhaus. Wir werden gemeinsam Unterschriften sammeln.

Petra Hoffmann, Julia Gerber Rüegg und Willy Rüegg haben, unserem neuen Konzept entsprechend, die Versammlung über die laufenden Geschäfte ihrer Behörden orientiert. Gemäss Vorstandsbeschluss sollen nun besonders Fraktionsmitglieder bei jeder PV die Mitglieder über ihre Tätigkeit unterrichten. Verbessertes Informationsfluss zur Basis wird erwartet.

Hanna Landolt hat diese Parteiversammlung sehr originell und gewissenhaft vorbereitet. Sie hat sie auch umsichtig und einfühlsam geleitet. Nur so ist sie zu diesem Erfolg geworden. HS

## Fröhliches SP-Fest zum Jahresende 1990

Am 29. November 90 trafen sich die SP-Mitglieder und ihre Angehörigen zum traditionellen Abendfest im Restaurant Sonne.

Der Auftakt mit Apéro und Salami brachte alle in aufgeräumte und gesprächige Stimmung. Als dann erst die Spaghetti mit verschiedenen Saucen auftauchten, da griffen alle hungrig und erfreut zu. Die Spaghetti mitsamt Sauce waren hervorragend und dazu liess sich für einmal ganz gemütlich privat plaudern.

Das Fest wurde von Willy Rüegg organisiert, von Rolf Kurath wurden wir bekocht. Weiter gings mit dem Orchester von Kaspar, Regula, Ueli und Vreni, das uns mit nordischer Tanzmusik auf teilweise alten Instrumenten bestens unterhielt. Für alle tanzfreudigen ein weiteres Vergnügen.

Der Abend war rundum gelungen und wir danken den Organisatoren und Helfern herzlich. Es hiess, die Letzen seien erst sehr, sehr spät nach Hause gegangen. VB



Hät's ächt na SPaggetti?

Irene Bamert Rüegg (links) mit Liliane Goldberger (hungrig)



Lüpfigi Musig  
Tanzvergnügen hebt die Stimmung





**Angeregte Gespräche**

Im Vordergrund Stadtrat Hans Schulthess; im Hintergrund Gemeinderatspräsident Hermann Koch bei tiefsinniger Betrachtung



**Tanzen erhält jugendlich**

Margaretha und Hans Schulthess auf sicherem Parkett

## Leserbriefe

### Antipathien wecken?

Zu «Deutsche Mythen» von Hans Seitz (SO vom November 90):

Was, lieber Hans, soll dieser Artikel eigentlich, was willst Du damit sagen oder bewirken? Du beklagst Dich über «rassistisch gefüllte Nationalhymnen der Alldeutschen» (es geht noch weiter in diesem Stil). Ist nicht allein schon der Ausdruck «Alldeutsche» rassistisch, von den nachfolgenden Ausdrücken ganz zu schweigen. Willst Du mit Deinem Artikel dafür sorgen, dass eventuelle Antipathien gegen unsere Nachbarn nicht einschlafen? Haben wir nicht genug damit zu tun, uns über die Missstände im eigenen Land Sorge zu machen? Solange wir Geldwäscherskandale, Fichenaffären und Geheimarmeen haben, haben wir sicher kein Recht, hämische Blicke über den Zaun zu werfen.

Monika Büttner

### Zaungäste gibt's genug!

Zu «Sollten wir - sollten wir nicht?» (SO vom November 1990):

In der letzten Ausgabe von «SO sehen wir es» stellte Hans Seitz - vermutlich mit Blick auf meine 1. August-Rede im vergangenen Jahr - die Frage, ob sich die SP unter anderem weiterhin am 1. August beteiligen soll. Bevor zu diesem - für mich politisch unwichtigen - Thema eine grosse Debatte beginnt, ein paar persönliche Gedanken, die vielleicht auch für die CH'91 Gültigkeit haben könnten.

Als Sozialdemokrat will ich diesen Staat, in dem ich lebe, zusammen mit Gleichgesinnten, unseren Idealen und Zielvorstellungen entsprechend, verändern. Nur, es nützen die schönsten Ideen und Programme nichts, wenn wir sie in den eigenen vier Wänden, gemütlich auf dem Sofa sitzend, diskutieren und uns darüber aufregen, weil draussen sich im-

mer noch nichts geändert hat. Da hilft jammern und sich bemitleiden nicht weiter. Wenn wir etwas verändern wollen - ich jedenfalls will das -, dann müssen die Ideen nach aussen getragen werden mit Unterschriftensammlungen, Abstimmungskämpfen, Arbeit in möglichst allen Behörden, Diskussionen mit der Bevölkerung, zum Beispiel auch am 1. August. Am Spielrand stehen und nur die Mannschaften kritisieren bringt keine Tore!

Dem Fragesteller empfehle ich, doch wieder mal die Bücher von Robert Grimm über die «Sozialistischen Ideen in der Schweiz» und die «Schweiz in ihren Klassenkämpfen» zu lesen. Dann wird er auch den Unterschied zwischen 1. August und 1. Mai feststellen können.

Hermann Koch

## Abstimmungsparolen der SP am Abstimmungswochenende vom 2./3. März 1991

### Eidgenössische Vorlagen

Stimm- und Wahlrechtsalter (Stimmrecht 18)

Ja

Förderung des öffentlichen Verkehrs «SBB-Initiative»

Ja

### Kantonale Vorlagen

Unterrichtsgesetz (Änderung)

Ja

Jugendhilfegesetz (Änderung)

Ja

Gerichtsverfassungsgesetz (Änderung)

Ja

Gesetz über Leistungen an Arbeitslose

Ja

### Gemeindevorlagen

Beitritt der Stadt Wädenswil zum Zweck-

Verband «Zivilschutz-Ausbildungsregion 8

Zimmerberg»

Nein

Umgestaltung der Oberdorfstrasse

Ja

# Das Pendel

**Der Sozialismus ist immer noch die schönste Vision menschlichen Denkens. Nicht die Vision ist am Ende, sondern nur ihre administrative und diktatorische Verzerrung.**

Lothar de Maizière

In Deutschland ist gewählt worden. Ohne Ueberraschung. Nach über vier Jahrzehnten bedrückenden «Sozialismus» sehnen sich die Leute nach Konsum. Die Rechte wird wohl vier oder acht Jahre Mitteleuropa regieren. Angebotsorientierte oder monetarische Parteien werden das Sagen haben. Dann, so hoffen wir, wird das Pendel auf die andere Seite ausschlagen. Eine moderate, demokratische Linke wird ihre Chance kriegen. Nur, sie muss gewappnet sein.

Es wäre tödlich für uns, gäben wir unser Bündnis mit den Gewerkschaften auf. Die kommunistischen Staatsgewerkschaften haben bei den Arbeitern ihre Reputation verloren. Sie sind intellektuell, literarisch, aber nicht laborisch gewesen. Sie sind nicht unterhalb des Sacharbeiters durchgedrungen. Auch bei uns sind die Gewerkschaften in einem desolaten Zustand. Eine Ruth Gassmann vom VHTL terrorisiert mit ihrem sturen Stand bei den Ladenöffnungszeiten Konsumenten und Mitglieder. Aber ohne Gewerkschaftsallianz gäben wir das untere Drittel der Gesellschaft dem Populismus und den Kooptationsversuchen des Patronats frei.

Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts orientieren sich die grossen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit der umlagernden Bourgeoisie vom Nationalstaat weg auf grössere, europäische Zusammenhänge. Der Internationalismus der alten Arbeiterbewegung war utopisch. Die Europäizität einer modernen Linken könnte realistisch sein.

Die Kraft der Linken ist der kompromisslose Widerstand gegen den tyrannischen Gebrauch von Macht. Von jeder Macht. Also auch der des Marktes. Wo einzig die ökonomische Position des Menschen über seinen Zugang zu Schulung, Arbeit, Freizeit, sozialer Sicherheit entscheidet. Wo der altliberale Theoretiker Friedrich August von Hayek auf dem Altar steht. Gibt sie Ziele wie die Revision der Eigentumsordnung, die Sicherung des Sozialstaates, die Erhaltung kooperativer Eigentumsformen auf, wird sie überflüssig.

Das Pendel schwingt. Im Westen geht das Jahrzehnt von Ronald Reagan und Margret Thatcher zu Ende. Auch in der Schweiz haben wir ähnliche Prognosen. Das sollte uns für die bevorstehenden Wahlen motivieren. Bei einigen Abstimmungen der letzten Zeit ist der Trend unverkennbar gewesen.

HS

## Was hat der Golfkrieg mit uns zu tun?

Die alten Denkmuster, die alten Strategien, die alten Schuldzuteilungen an den Gegner. Dasselbe Leid, derselbe Schmerz und derselbe Tod, den die Menschen seit Jahrtausenden erlebt haben. Ganz klar auch, dass der kleine Mensch - «Feind» oder «Freund» - sich hinter die Generale zu stellen hat, wie es sich in solchen Fällen gehört. «Ein kurzer Krieg», «eine gerechte Sache», ganzes Volk auf ein Glied Sammlung!

Nur die Vernunft bleibt auf der Strecke. Und die Humanität. Die Waffen sind noch perfekter, noch tödlicher, noch teurer geworden. Ein wahrer High-Tech-Krieg wird geführt. Ein sauberer Krieg. Mindestens sind die übermittelten Fernsehbilder schön sauber. Gestorben und geblutet wird nicht vor der Kamera. Es ist zum Heulen!

Und schon wittern sie wieder Morgenluft, die rechtsextremen «Trumpf-Buur»-Gesellen! Sie beschimpfen die für den Frieden demonstrierenden Mütter, Väter und Kinder. Mit Anti-amerikanismus brandmarken sie die Linke. Wer findet, es hätte für den Frieden mehr gemacht werden müssen, der wird als «Trittbrettfahrer der Freiheit» verschrien.

Ja wo sitzen sie denn, die wirklich Schuldigen? Ist es etwa schlecht, sich gegen die verrückte Logik der Kriegsherren zur Wehr zu setzen?

Schuld sind die gewissenlosen Waffenhändler, welche den Irak bis zum Gehnichts mehr aufgerüstet haben. Sind es nicht dieselben Kreise, die schon gegen die Initiative für ein Waffenausfuhrverbot kämpften? Von ihnen spricht der «Trumpf-Buur» nicht!

WR

## Nächste Veranstaltungen

- 2. März Parteitag SPS «Europa»
- 2./3. März Volksabstimmung
- 3. März Unterschriftensammlung «Mitenand Läbe - miteinand Stimme» 10.00 Uhr, vor dem Wahllokal, Eidmattschulhaus
- 8. März 9.00 - 11.00 Uhr im Haus zur Sonne, Schönenbergstrasse 4: «Was ist Frauenpolitik». Kantonsratskandidaten mit Hedi Lang und Verena Diener. Zusammen mit der Grünen Partei und dem Landesring der Unabhängigen.
- 8. März Redaktionsschluss für Beiträge zu SO.

### Impressum

#### Redaktion

Verena Bürchler und Hans Seitz

#### Beiträge:

Verena Bürchler (VB); Julia Gerber Rüeegg (JG); Beat Padlina (BP); Hans Seitz (HS)

## Bei Fraktionssitzungen dabei sein!

Wir erinnern daran, dass es allen unseren Mitgliedern möglich ist, den SP-Fraktionssitzungen des Gemeinderates beizuwohnen. Sie finden jeweils am Dienstagabend vor der Gemeinderatssitzung statt (20.00 Uhr im Volkshaus). Allen Mitgliedern empfehlen wir den Besuch. Er gibt einen interessanten Einblick in die Arbeit und die Probleme unserer Fraktion. Nächste Sitzung am 12. März. Wir zählen auf Euer Mitmachen!

# WAHLVERANSTALTUNG

Engagierte Frauen aus der Grünen Partei, dem Landesring der Unabhängigen und der Sozialdemokratischen Partei veranstalten am

**Freitag, 8. März 1991, 9.00 - 11.00 Uhr  
im Haus zur Sonne, Schönenbergstrasse 4**

eine politische Matinée zum Thema

## Frauen in der Politik

Die Regierungsratskandidatinnen **Hedi Lang** und **Verena Diener** erzählen von ihrem Weg in die Politik.

Unsere lokalen Kantonsratskandidatinnen

**Martina Burnand-Schärer (GP)**

**Jasmin Dal Molin (LdU)**

**Julia Gerber Rüeegg (SP)**

sprechen über Visionen, Motivationen, Möglichkeiten, unsere Ansichten in der Politik in Taten umzusetzen.

Alle sind herzlich eingeladen, an dieser interessanten Veranstaltung teilzunehmen.

AZB 8820 Wädenswil

HORN  
HEINZ

WIESENSTRASSE 2  
CH 8820 Wädenswil